Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt

Herr Storek stellt den Antrag, dass die Sitzung spätestens um 20 Uhr geschlossen wird. Herr Wende weist darauf hin, dass laut der Geschäftsordnung des Kreistages der letzte zu bearbeitende Tagesordnungspunkt spätestens um 21:30 Uhr aufgerufen und bearbeitet werden darf. Danach sind alle Sitzungen zu schließen. Bei dem Antrag handelt es sich somit um einen Änderungsantrag. Der Antrag wird mehrheitlich, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt.

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 14.11.2024

Es gibt keine Änderungen zum Protokoll. Somit ist es einstimmig bestätigt.

Zu TOP 4 Anträge aus den Fraktionen

Es gibt keine Anträge aus den Fraktionen

Zu TOP 5 Arbeitsschwerpunkte der Verwaltung des Jugendamtes für 2025

Herr Keppler stellt drei neue Kollegen aus dem Jugendamt vor. Hierbei handelt es sich um Herrn Fritsch, welcher nun die Leitung des Sachgebietes I ist. Das vorherige Sachgebiet II wurde, aufgrund der Strukturveränderung, in zwei Sachgebiete aufgeteilt. Des Weiteren stellt sich Frau Freudenberg als Verfahrenslotsin und Frau Buley als Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung vor.

Herr Keppler stellt die Arbeitsschwerpunkte der Verwaltung des Jugendamtes für das Jahr 2025 vor (siehe Anlage 2 - Ziele Verwaltung des Jugendamtes).

Im Anschluss werden offene Fragen gestellt und beantwortet.

Herr Wende weist darauf hin, dass zu den Arbeitsschwerpunkten auch das Dokument des Arbeitsplanes der Verwaltung des Jugendamtes für das Jahr 2025 gehört. Der Arbeitsplan befindet sich in Anlage 3 – Arbeitsplan Verwaltung JA 2025.

Zu TOP 6 Auswirkungen der Entwicklung der Kinderzahlen auf die Kitabedarfsplanung

Frau Geike führt in die Thematik ein und stellt eine Präsentation vor (siehe Anlage 4 – Auswirkungen der Kinderzahlen auf KBPL).

Frau Radig stellt die Nachfrage, ob es auch Einrichtungen der Kindertagesbetreuung gibt, die unter 80 Prozent ausgelastet sind. Frau Geike bejaht dies und sichert zu, dass die genaue Anzahl im Protokoll nachgemeldet wird.

Nachtrag: Im Folgendem wird die Anzahl der Einrichtungen, die eine bestimmte Auslastung zum Stichtag 01.06.2024 aufweisen, dargestellt.

<i>Anzahl der Einrichtungen</i>	<i>Auslastung im Prozent</i>
33	100

92	>= 90
121	>=80
24	<80
7	<70

Des Weiteren fragt Frau Radig, ob es wirklich kein Problem aus der Praxis gibt, dass zu wenig Krippenplätze belegt werden und es somit zu Teil- oder Ganzschließungen der Einrichtungen kommt. Frau Geike erläutert, dass es ein Gespräch mit der Praxisberatung für Kindertagesbetreuung gab. Es musste bisher keine Einrichtung schließen. Es kam aber vor, dass es beispielsweise statt zwei Krippengruppen nur noch eine gibt. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung meldeten die Trägervertreter auch zurück, dass sie diese Entwicklung gar nicht so in den Einrichtungen wahrnehmen.

Herr Wende ergänzt, dass im Unterausschuss auch gesagt wurde, dass auch innerhalb der Träger geschaut wird, ob man die Entwicklung auch nutzen kann, um von der Quantität zur Qualität zu kommen. Das ist aber vor allem eine politische Forderung.

Frau Radig erklärt, dass das Land aktuell für das Jahr 2025 seine Personalkostenzuschüsse anpasst. Sie bittet darum, den Ausschuss, sobald die Anpassung erfolgte, darüber zu informieren, ob die Zuschüsse gesunken oder gleichgeblieben sind.

Frau Radig bittet des Weiteren darum, dass sobald es Signale zur Veränderung in der Betreuung aus der Praxis gibt, der Ausschuss informiert wird.

Zu TOP 7 Vorlage des Registers der gemeldeten selbstorganisierten Zusammenschlüsse gemäß § 4a SGB VIII

Herr Wende stellt ein Dokument zur Rechtsgrundlage und dem weiteren Vorgehen in Bezug auf die Beteiligung von selbstorganisierten Zusammenschlüssen im Jugendhilfeausschuss vor (siehe Anlage 5 – Zuarbeit TOP 7). Des Weiteren stellt er einen Vorschlag zur Umsetzung des § 4 Absatz 5 der Satzung des Jugendamtes, zur Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen, vor.

Frau Ihlefeldt berichtet, dass sich bereits mehrere junge Menschen bei ihr gemeldet haben, die gerne im Jugendhilfeausschuss mitwirken wollen. Sie denkt aber, dass es abschreckend auf die jungen Menschen wirken kann, wenn diese eine Bewerbung und ein Empfehlungsschreiben einreichen sollen. Sie denkt, dass die Vertreter der Jugendhilfe fähig sind, hier eine Vorauswahl zu treffen. Bei den jungen Menschen ist die Frage aufgetreten, wie es sich verhält, wenn sie abends lange an der Sitzung teilnehmen und am nächsten Morgen wieder früh zur Schule müssen. Des Weiteren gab es von der Seite der freien Träger die Frage, ob es eine Ausarbeitung geben kann, die sie den Kindern und Jugendlichen informativ an die Hand geben können.

Herr Jentsch erklärt, dass das Schulgesetz es zulässt, dass Schüler für die Mitarbeit an Gremien freigestellt werden können. Da der Ausschuss allerdings abends ist, sei es durchaus denkbar, dass die Jugendlichen für die erste Stunde des Folgetages freigestellt werden könnten.

Frau Buley erklärt sich bereit, in Absprache mit Herrn Keppler und Herrn Wende, eine Übersicht zur Mitwirkung im Jugendhilfeausschuss für die interessierten Jugendlichen zu erstellen. Des Weiteren berichtet sie, dass sie auch bereits mit zwei Schülern vom OSZ Eisenhüttenstadt gesprochen hat, die sich für die Mitwirkung interessieren.

Herr Niels bringt die Idee ein, dass sich die Jugendlichen über die Website des Landkreises bewerben könnten. Hierbei könnten sie entweder ein kurzes Video oder ein kurzes Motivations-schreiben einreichen, anstatt eine Bewerbung mit Lebenslauf und einem Empfehlungsschreiben, da dies die Jugendlichen abschrecken könnte. Der Vorschlag trifft auf Zustimmung und wird angenommen.

Zu TOP 8 Absprache zum Arbeitsthema des Jahres 2025, Vorbereitung der Klausurtagung und gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Herr Wende erklärt, dass am 03.07.2025 die gemeinsame Sitzung mit dem Bildungsausschuss stattfindet. Es soll eine Vorbereitungsrunde mit den beiden Ausschussvorsitzenden, Frau Kaiser, Herr Keppler und Frau Mayer-Grunewald geben. Die Klausurtagung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung mit dem Jugendhilfeausschuss findet am 26.06.2025 statt.

Sowohl in der Klausurtagung als auch in der gemeinsamen Sitzung mit den Bildungsausschuss soll das Arbeitsthema „„Kooperation Jugendhilfe - Schule: Unterstützungsangebote für verhaltens- und lernauffällige Kinder und Jugendliche““ behandelt werden.

Die AG nach § 78 SGB VIII hat ebenfalls dieses Thema zum Jahresarbeitsthema gewählt. Die AG tagt am 26.02.2025. Hier soll das Arbeitsthema ausgearbeitet werden. Herr Wende schlägt vor, die Beratung der AG nach § 78 SGB VIII abzuwarten. Es soll dann ein kleines Vorbereitungsteam, bestehend aus 2 Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und 2 Mitgliedern der AG nach § 78 SGB VIII geben.

Herr Vierus ergänzt, dass am 26.02.2025 vorgesehen ist, methodisch am Arbeitsthema zu arbeiten. Die Ergebnisse sollen digital festgehalten werden. Er ergänzt, dass es, sobald die Ergebnisse der AG zusammengetragen wurden, eine Abstimmung mit den beiden Vorsitzenden des Planungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses sowie mit der Leitung des Jugendamtes geben wird.

Frau Geike bittet darum, dass der Rahmen der Klausurtagung bereit abgestimmt wird. Hierbei geht es besonders um die Räumlichkeiten sowie um eine externe Begleitung durch einen Moderator. Grundsätzlich kann der Raum A126/127 im Landratsamt genutzt werden, da dieser bereits für die Sitzung reserviert ist.

Herr Wende tendiert dazu, die Ergebnisse der Beratung der AG nach § 78 SGB VIII abzuwarten und dann den Rahmen zügig zu setzen.

Zu TOP 9 Informationen aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Vorbereitung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Alle Informationen wurden bisher unter den anderen Tagesordnungspunkten gegeben. Es werden keine weiteren Themen für die nächste Sitzung aufgenommen.

Zu TOP 10 Informationen aus der Verwaltung und Fragen

Herr Keppler stellt die Informationen vor (siehe Anlage 6 – JHA Informationen der Verwaltung). Frau Radig berichtet, dass das Land aktuell daran arbeitet, die Verwaltungsvorschrift für Einrichtungen in eine Verordnung zu überführen. Auf Landesebene gibt es die Idee, gerade für Systemsprenger, andere Mindeststandards in die Verordnung einzubringen. Sofern es Hinweise gibt, wo das Land unterstützen könnte und sollte, kann gerne Frau Radig angesprochen werden.

Des Weiteren fragt Frau Radig, ob die eine Stelle als Aufwuchs im Bereich der Entgeltvereinbarungen ausreicht, um dem Grundsatz der prospektiven Vereinbarung Rechnung zu tragen. Herr Gorran erklärt, dass dies gerne geprüft wird und in der nächsten Sitzung zugearbeitet wird.

Herr Storek stellt die Frage, mit wie vielen Systemsprengern im Landkreis gerechnet wird und ob es hierzu Zahlen gibt. Herr Gorran erklärt, dass der Begriff „Systemsprenger“ nicht personenbezogen ist. Es ist in der Betrachtung jemand, der im bestehenden System nicht den Bedarf erfüllt bekommt, den er hat. Das System ist für denjenigen also nicht passend. Aus dem situationsbetrachteten Aspekt muss man verstehen, dass die Angebote dafür gestaltet werden müssen, wenn bestehende nicht passend waren. Dies ist so vielfältig, dass man nicht konkret benennen kann, um wie viele Kinder- und Jugendliche es geht. Der Grundsatz ist, dass das System am Bedarf auszurichten ist.

Stephan Wende
Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Anna-Lena Geike
Schriftführerin